

Dr. Andreas Mayert

Sozialwissenschaftliches Institut der EKD

Unendliches Wachstum in einer endlichen Welt?
Kann eine Begrenzung des Wachstums sinnvoll sein?

Vortrag im Rahmen der AEU-Jahrestagung "Von Wachstum, Wachstumsmaß und Wachstumskritik"
am 23. Oktober 2011 in Köln

1. Es ist eine oft vorgebrachte Floskel, dass man froh ist, vor einem bestimmten Zuhörerkreis zu einem Thema sprechen zu dürfen. In diesem Fall ist es jedoch mehr als eine übliche Höflichkeit, wenn ich einen solchen Satz sage. Denn auch wenn im Zuge der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages und der im Zuge von Wirtschaftskrisen stets mit besonders ausgeprägter Konjunktur vorgebrachten Untergangsprophetie Wachstumskritik mittlerweile ein Modethema geworden ist, diskutiert zumeist ein äußerst begrenzter Personenkreis über diesen Bereich und viele Diskussionen bewegen sich seit langen Jahren im Kreis. In der Mainstream-Ökonomik, in referierten ökonomischen Fachzeitschriften spielt Wachstumskritik weiterhin so gut wie keine Rolle.

Dass dem so ist, kann ich gut verstehen. Denn als Ökonom muss man mit diesem Thema Schwierigkeiten haben. So behaupten Wachstumskritiker häufig, Wachstum sei ein übergeordnetes Ziel und in diesem Sinne ein Götze. Kein Ökonom würde jedoch behaupten, ökonomisches Wachstum sei mehr als ein - wenn auch wichtiges - Instrument, um andere Ziele zu erreichen: Zum einen die Mehrung des wirtschaftlichen Wohlstandes. Zum anderen - was häufig verkannt wird und in saturierten Volkswirtschaften weit wichtiger ist - die Stabilisierung dieses Wohlstandes in einer – und dagegen kann eigentlich niemand etwas haben – ständig an Wissen und Möglichkeiten gewinnenden Welt. Wenn aber Wachstum selbst kein Ziel ist, dann kann auch die Begrenzung des Wachstums *für sich allein* kein Ziel sein. Eine Begrenzung des Wachstums ist daher nur im Sinne einer Tradeoffentscheidung denkbar, im Kontext also mit anderen Instrumenten, die ebenfalls dem Ziel der Wohlstandsmehrung und –bewahrung dienen.

Diesem grundsätzlichen Vorbehalt lässt sich hinzufügen, dass „Wachstumsbegrenzung“ ein Thema mit hohem Abstraktionsgrad ist. Je abstrakter, je größer und interpretierbarer aber ein Thema gewählt wird, desto größer ist auch die Gefahr, dass es von Ideologen und Vereinfachern besetzt wird. Für Wissenschaftler ist aber gerade das ein vermintes Gebiet und man setzt sich der Gefahr aus, in eine bestimmte Schublade gesteckt zu werden, wenn man es betritt. Wissenschaftler mögen das nicht und ich bin keine Ausnahme von dieser Regel.

Aber dennoch scheint an den Argumenten der Wachstumskritiker etwas dran zu sein, sie scheinen an ein unterschwelliges Unbehagen zu appellieren, das in breiten Bevölkerungsschichten vorhanden ist. Das macht dieses Thema für mich interessant und offenbar auch für sie: Dass Wachstumskritik nicht zum ersten Mal Thema einer Tagung der AEU ist, ist dafür der beste empirische Beleg, den ich mir vorstellen kann.

2. Ob unendliches Wachstum in einer endlichen Welt möglich ist, ist die erste Frage, die in meinem Vortragstitel gestellt wird. Ich möchte kurz einige Sätze zur Aufklärung des relevanten Gegenstandes dieser Frage sagen und auf diese Weise zum zweiten, wichtigeren Teil meines Vortrags – kann eine bewusste Wachstumsbegrenzung sinnvoll sein? – überleiten.

Die Rede von der Endlichkeit der Welt und dem unweigerlichen Ende des Fortschritts erinnert mich stets an das Weltbild der klassischen Ökonomen des 18. und 19. Jahrhunderts, an Malthus, Jevons oder Mill. Zu dieser Zeit wurde Ökonomik nicht ohne Grund als „dismal science“, als „düstere“ Wissenschaft bezeichnet, denn sie sah die uns umgebende Welt wie auch die in ihr lebenden Menschen mit ihren Eigen- und Leidenschaften in erster Linie als eine Begrenzung – man könnte auch sagen: Schicksal – an, womit dann eben auf die bestmögliche Weise umzugehen sei.

Insbesondere in der Folge von Keynes bestand die große Veränderung der volkswirtschaftlichen Theorie des 20. Jahrhunderts hingegen darin, die Ökonomie als Aufgabe, als Spielraum zur aktiven Überwindung von Knappheiten, als Umgebung mit einer beweglichen Grenze zu sehen. Makroökonomisches trat an die Seite mikroökonomischen Denkens und erst zu diesem Zeitpunkt war die Idee des Wachstums überhaupt denkbar. Auch diesem neuen Denken nach lässt sich die absolute Begrenztheit der Welt nicht überwinden. Bis dahin besteht aber, so die implizite Annahme, noch weiter Spielraum und niemand kann wissen, wo diese Grenze liegt. Sie ist daher unerheblich.

Welche Sichtweise ist die richtige, die düstere oder die optimistische? Damit wird eine Kernfrage der Wachstumskritik berührt. Denn inwieweit ist es überhaupt eine für unsere heutigen Entscheidungen wirklich relevante Frage, dass wir uns in einer Welt mit nach dem derzeitigen Stand der Technik irgendwann einmal endlichen Ressourcen befinden?

In der Diskussion wird heute, was die Begrenztheit der Kapazitäten unseres Planeten betrifft, zwischen zwei Knappheiten – man könnte auch „Endlichkeiten“ sagen – unterschieden.

Die „old scarcity“, die alte Knappheit beschreibt die zunehmende Begrenztheit des Vorrats nicht erneuerbarer Ressourcen, die häufig – alarmistisch – unter Begriffen wie Peak Oil oder Peak Coal abgehandelt wird. Es handelt sich hierbei um eine Debatte, die sich – wie eben beschrieben - bis ins 19. Jahrhundert zurückführen lässt und deren Motiv die Furcht vor einem vollständigen Verbrauch der materiellen Grundlagen unseres Wohlstandes ist. Bislang jedoch konnte diese alte Knappheit immer überwunden werden und die zunehmende Nutzung erneuerbarer Energieträger sowie die unbegrenzt zur Verfügung stehende solare Energie machen Hoffnung, dass dies auch weiterhin der Fall sein wird. Man könnte auch sagen: Für das Problem der old scarcity haben sich im *Marktprozess* stets Lösungen gefunden, da sie über mehr oder weniger korrekte *Preissignale* technische Innovationen - sei es in der Extraktionstechnik, sei es durch die Entwicklung von Substituten - anreizt. Die durch sie gezogene Grenze scheint noch auf lange Sicht sehr flexibel zu sein, falls sie überhaupt existiert.

Das weit größere Problem stellt daher die „new scarcity“, die neue Knappheit dar – neu, weil dieses Problem erst in den 1960er und 1970er Jahren nach und nach erkannt wurde. Beschrieben wird damit zum einen die zunehmende Knappheit von Umweltressourcen, die Schadstoffemissionen aufnehmen und Lebensqualität gewährleisten, zum anderen das Risiko, durch menschliches Wirtschaften ökologische Katastrophen mit unvorhersehbaren Kosten oder im Extremfall sogar ein Umkippen der Ökosphäre zu verursachen, einen Punkt, ab dem sich eine schädliche Entwicklung nicht mehr aufhalten lässt. Diese neue Knappheit wird *nicht durch einen natürlichen Marktpreis*

signalisiert und auch die mit ihr verbundenen *Risiken* werden bei der Produktion und beim Konsum *nicht den Marktgesetzen folgend eingepreist*. Es gibt daher auch keinen verlässlichen Mechanismus, der im Laufe des Fortschritts zu einer Verschiebung der durch die neue Knappheit implizierten Grenze des Wachstums führt; diese Grenze scheint absolut zu sein.

Eine Hoffnung in den letzten Jahren war, dass mit wachsendem Wohlstand Präferenzänderungen im Sinne einer zunehmenden Wertschätzung von Naturgütern und Umweltqualität sowie eine zunehmende Aversion gegenüber Umweltrisiken durch entsprechende Konsumententscheidungen zu einer Art automatischen Internalisierung jener Kosten führen, die bislang durch die fehlende Berücksichtigung der neuen Knappheit externalisiert werden können und die uns näher an die Grenzen des Wachstums bringen. Wachstum selbst und der zunehmender Wohlstand würden dann das Problem der neuen Knappheit automatisch lösen, *weil wohlhabendere Menschen es zunehmend lösen wollen*. Auch die neue Knappheit würde dann keine absolute Wachstumsgrenze setzen.

Aber gibt es Hinweise, die für so eine Entwicklung sprechen? Auch hier muss sagen, dass sich die Diskussion seit vielen Jahren im Kreise dreht. Die Argumentation einer automatischen Lösung des Problems der Umweltschädigung wurde erstmals prominent 1992 von der Weltbank vertreten und hat eine große Zahl von empirischen Untersuchungen nach sich gezogen, die eine umgekehrt U-förmige Beziehung zwischen dem BIP eines Landes und der Verschmutzung der Umwelt nachzuweisen versuchten. Der diesen Untersuchungen zugrundeliegenden Hypothese nach nimmt die Umweltschädigung in frühen Entwicklungsstadien einer Volkswirtschaft mit dem BIP zu, ab einem gewissen Wohlstandsniveau komme es jedoch zu einer absoluten Entkopplung von ökonomischer Entwicklung und Umweltschädigung. Bislang geben die vorliegenden Ergebnisse jedoch keinen Anlass dazu, auf einen solchen automatischen Mechanismus zu setzen.

Obwohl sich ohne Zweifel entsprechende Präferenzänderungen in wohlhabenden Gesellschaft zeigen und obwohl diese zunehmend die Möglichkeit hätten, das Umweltproblem seiner überragenden Bedeutung nach in ihren Entscheidungen zu berücksichtigen, gibt es empirisch nur schwache Belege für eine strikt *negative* Beziehung zwischen ökonomischer Entwicklung und Umweltschädigung ab einem bestimmten Wohlstandsniveau. Wenn sich eine im Entwicklungsprozess negativ werdende Beziehung von Wachstum und Umweltschädigung empirisch nachweisen lässt, scheint darüber hinaus die in einer Volkswirtschaft vorhandene institutionelle Struktur eine mindestens ebenso große Rolle zu spielen wie ihr Wohlstandsniveau. Präferenzänderungen der Bevölkerung müssen offenbar zunächst in ein institutionelles System übersetzt werden, bevor sich tatsächlich Effekte zeigen.

Wenn sich schließlich tatsächlich eine solche Beziehung für einzelne umweltschädigende Faktoren nachweisen lässt, ist die Globalität des Umweltproblems zu beachten. So kann zwar ein einzelner Staat durch Strukturwandel grüner wachsen, der globale Effekt kann jedoch in die Gegenrichtung verlaufen. Ein Beispiel hierfür: Die CO₂-Intensität je Dollar des BIPs Chinas ist ungefähr dreimal so hoch wie jene Deutschlands. Wenn Industrieproduktion von Deutschland nach China verlagert wird, dann mag das deutsche BIP grüner werden. Pro Dollar dieser Verlagerung nimmt jedoch die weltweite CO₂-Emission deutlich zu. Es ist daher kein Wunder, dass sich nach dem kürzlich erschienen OECD-Monitoringbericht „Towards Green Growth“ zwar in den OECD-Staaten eine leicht zunehmende Entkopplung von Wachstum und der Emission von Treibhausgasen beobachten lässt, weltweit aber die CO₂-Emissionen zwischen 1990 und 2008 um 40% zugenommen haben – vor allem durch das wirtschaftliche Aufholen der Schwellenländer.

Kehren wie zur Eingangsfrage der Endlichkeit der Welt zurück: Welche Sichtweise ist nun im Ergebnis richtig, die düstere oder die optimistische? Viele Wachstumskritiker sind der Meinung, die neue Knappheit und die bislang nicht erfolgreiche Entkopplung von Wachstum und Umweltschädigung machten es notwendig, zur Ökonomik als düstere Wissenschaft zurückzukehren. Wir müssten uns in erster Linie mit unserer Begrenztheit beschäftigen, der Glaube an ewigen Fortschritt sei trügerisch.

Ich teile diese Auffassung nicht. Moderne Ökonomie setzt gerade an Marktfraktionen – und auch den Fraktionen politischer Systeme – an und verfolgt das Ziel, Marktdynamik und -stabilität durch das Erkennen und die Abmilderung von Marktmängeln, Marktversagen und Staatsversagen zu bewahren. Warum sollte dieser Ansatz auf die neue Knappheit nicht anwendbar sein? Zu analysieren ist an erster Stelle, warum dieses Problem bislang nicht gelöst wurde, obwohl doch völlig unzweifelhaft ein Wille dazu besteht.

3. Damit komme ich zur zweiten im Vortragstitel gestellten Frage: Kann vor diesem Hintergrund eine Begrenzung des Wachstums sinnvoll sein?

Die – wenn auch eingeschränkte – Erwägung einer bewussten Begrenzung der wirtschaftlichen Aktivität klingt zunächst krass und weit über das hinausgehend, was heute wirtschaftspolitisch üblich ist. Sie ist es aber nicht. Eine bewusste Begrenzung der wirtschaftlichen Aktivität ist längst üblich und akzeptiert.

Sie gehört zum Beispiel zu den Aufgaben unabhängiger Zentralbanken. In Zeiten wirtschaftlicher Überhitzung und steigender Inflationsgefahren besteht ihr Mandat darin, durch kontraktive Geldpolitik das *Wachstum bewusst zu begrenzen*. Dass dies häufig sehr umstritten ist, zeigt, dass diese bewusste Begrenzungsfunktion der Zentralbank keine Selbstverständlichkeit ist. Dennoch haben sich Gesellschaften dazu entschlossen, ihr diese Funktion zu übertragen, um das langfristige Ziel der Wohlstandsmehrung vom kurzfristigen Ziel einer Ausreizung aller Wachstumspotenziale zu entkoppeln, man könnte auch sagen: um sich selbst zu binden und kurzfristigen Versuchungen zu widerstehen.

Ein zweites Beispiel: Die Basel-III-Regeln zur Bankenregulierung sehen verschärfte Eigenkapital- und Liquiditätsverpflichtungen für Banken vor. Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht geht davon aus, dass höhere Kapitalkosten der Banken im Zeitablauf zu einem um 0,33% geringeren BIP führen, andere Schätzungen gehen sogar von einem negativen Effekt von 5 - 7% des BIP aus. Auch hier hat man sich bei einem Tradeoff zwischen dem langfristigen Ziel der Finanzmarktstabilisierung und dem kurzfristigen Ziel einer Ausreizung aller Wachstumspotenziale dazu entschlossen, dem langfristigen Ziel eine höhere Priorität als bislang zu geben. Es handelt sich daher um *bewusste Wachstumsbegrenzung*.

Aufbauend auf diesem Beispiel lässt sich eine Definition erstellen, die beschreibt, was man unter bewusster Wachstumsbegrenzung verstehen sollte: Bewusste Wachstumsbegrenzung bedeutet, bei einem Tradeoff zwischen Wachstumszielen und anderen Zielen *bewusst eine vollständige oder teilweise Entscheidung zugunsten der anderen Ziele zu treffen* und damit auf eine Vollausschöpfung aller möglichen Wachstumspotenziale zu verzichten. Kann eine so definierte, bewusste Wachstumsbegrenzung sinnvoll sein?

Nun gibt es sie ja bereits. Es ist es unbestritten, dass Geldwert- und Finanzmarktstabilität hohe Güter sind und ihre Bewahrung daher unter bestimmten Umständen einer Vollausschöpfung aller Wachstumspotenziale vorzuziehen ist. Was aber könnte darüber hinaus *Kriterium* einer bewussten Wachstumsbegrenzung sein?

Da Wachstum nur Instrument zur Erhöhung oder Bewahrung des Wohlstandes einer Volkswirtschaft ist, könnten alternative Wohlfahrtsindizes Informationen darüber liefern, ob weiteres wirtschaftliches Wachstum zur Erhöhung der Wohlfahrt beiträgt oder ob möglicherweise ein Tradeoff in dem Sinne existiert, dass positive Wohlstandseffekte eines höheren wirtschaftlichen Outputs durch verschiedene wohlfahrtssenkende Effekte überkompensiert werden. In diesem Fall könnte man für bewusste Wachstumsbegrenzung – bzw. eine Abwägungsentscheidung mit anderen wohlstandsrelevanten Effekten – plädieren.

Leider existiert bislang kein alternatives Wohlstandsmaß, das verlässliche Daten liefert, die eine solche Entscheidung ermöglichen. Alle bislang entwickelten Wohlstandsmaße weisen zwei entscheidende Nachteile auf. Erstens verdeckt die Zusammenfügung unterschiedlichster Indizes, die mit verschiedenen Methoden in verschiedenen Dimensionen gemessen und gewogen werden, mehr, als sie zur Erkenntnis beiträgt. Welchen Nutzen hat ein Index, der uns einen Wert liefert, zu dessen Erklärung wir den Index wieder auseinandernehmen und einer Sensitivitätsanalyse unterziehen müssen? Zweitens liegen allen bislang bekannten alternativen Wohlstandsmaßen Annahmen zugrunde, die zu einem nicht geringen Teil auf Werturteilen basieren und deren Verwendung in hohem Maße intransparent ist.

Um ein Beispiel anhand zweier relativ prominenter Wohlstandsmaße zu nennen: In den Nationalen Wohlfahrtsindex (NWI), der von Umweltbundesamt vorgeschlagen wurde, gehen die Konsumausgaben der Bevölkerung gewichtet mit dem Gini-Koeffizienten ein: Je stärker die Ungleichverteilung der Einkommen, desto geringer ist annahmegemäß die zusätzliche Nutzenstiftung weiteren Konsums. Beim sogenannten Glücks-BIP, das von der Initiative Soziale Marktwirtschaft vorgeschlagen wird, führt eine zunehmende Einkommensungleichheit hingegen zu einer Zunahme der Zufriedenheit. Die Annahme ist hier, dass Einkommensungleichheit die soziale Durchlässigkeit fördere und Anreize zu Aufstiegschancen biete; beides würde von der Bevölkerung wahrgenommen und mache sie zufriedener.

Sowohl die Annahme des NWI als auch die bei Berechnung des Glücks-BIP getroffenen Annahmen sind plausibel. Richtig kann aber nur eine sein. Welche? Dies zu ermitteln ist objektiv nicht möglich. Darüber hinaus könnte sich die Richtigkeit der einen oder anderen Annahme im Zeitablauf aus verschiedensten Gründen ändern. Verlässlich sind diese Daten somit nicht. Sie sagen häufig mehr über die Intention der Messenden als über den tatsächlichen Wohlstand einer Volkswirtschaft aus.

Ein Kriterium muss daher woanders gesucht werden und hier kommt das Problem der neuen Knappheit, der unvollkommenen Berücksichtigung jener Kosten, die durch die Schädigung von Umweltressourcen und die Erhöhung des Risikos ökologischer Katastrophen entstehen, in den Blick. Soweit diese Kosten nicht bei Produktions- und Konsumententscheidungen berücksichtigt werden, ist die wirtschaftliche Aktivität zu jedem Zeitpunkt ineffizient hoch, somit auch die Ausweitung dieser Aktivität bzw. das wirtschaftliche Wachstum. Eine kurzfristige Ausreizung aller Wachstumspotenziale kann daher in langfristiger Betrachtung volkswirtschaftlich äußerst schädlich sein.

Dass dies keine reine Theorie ist, zeigt eine aktuelle Studie, die an der Yale Universität von einem Forscherteam um den Ökonomen William Nordhaus erstellt worden ist und deren Ziel ein Environmental Accounting, also eine Art Umweltgesamtrechnung ist. In dieser Untersuchung wird beispielweise ermittelt, dass - in den Vereinigten Staaten - die externen Kosten im Bereich der Energieversorgung 23% des bei der Produktion erzeugten Mehrwertes betragen. Die in diesem Sektor erzielten Gewinn- und Lohneinkommen sind daher unter Effizienzgesichtspunkten zu hoch, die Preise der erzeugten Güter zu niedrig. Der Energieerzeugungssektor und der Energieverbrauch sind aus gesamtwirtschaftlicher Sicht unverhältnismäßig aufgebläht. In statischer Betrachtung kommt es zu einer Verschwendung von Ressourcen. In dynamischer Betrachtung sind die Anreize zu technischen Innovationen, die externe Kosten verhüten, zu niedrig. Das Risiko von ökologischen Katastrophen wird dabei nicht einmal berücksichtigt.

Analog dazu, dass sich eine Gesellschaft zur Erreichung des langfristig wohlstandserhöhenden Ziels der Geldwertstabilität selbst bindet, indem sie die Geldpolitik an eine unabhängige Zentralbank delegiert, könnte es daher sinnvoll sein, wenn sich eine Gesellschaft zur Erreichung des langfristigen Ziels einer Verhütung ineffizienter und irreversibler Umweltschädigungen selbst bindet, indem sie die Verantwortung zur Erreichung dieser Ziele an eine unabhängige Institution überträgt.

Diese Institution müsste in der Lage sein, bei einem Tradeoff zwischen Wachstum und Umweltschädigung unter klar definierten Kriterien auch eine bewusste, volkswirtschaftlich effiziente Wachstumsbegrenzung in Kauf zu nehmen, wenn dies dem langfristigen Wohlstand dienlicher ist als die Realisierung aller kurzfristig möglichen Wachstumspotenziale. Durch die Einpreisung von Umweltschäden und Umweltrisiken würden zugleich - analog zur „alten Knappheit“ – über Preissignale Anreize zu technischen Weiterentwicklungen gesetzt. Paradoxerweise könnte eine bewusste, kurzfristige Wachstumsbegrenzung die langfristigen Wachstumsspielräume erweitern, indem sie technische Neuerungen lohnenswert macht.

4. Man könnte nun fragen: Die Analogie zu anderen, bewusst wachstumsbegrenzenden Maßnahmen ist ja schön und gut, aber brauchen wir zur Verhütung von Umweltschädigungen tatsächlich eine *unabhängige* Institution im Stile einer Zentralbank? Denn es gibt ja bereits umfangreiche umweltpolitische Maßnahmen. Warum nicht daran ansetzen?

Die bisherigen umweltpolitischen Maßnahmen sind unzureichend, sowohl was ihren Umfang als auch was ihre Ausgestaltung anbelangt. Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass umweltpolitischen Ankündigungen selten Taten folgen – unabhängig davon, ob in Demokratien oder anderen Staatsformen. Werden sie umgesetzt, bedient man sich zumeist Ge- und Verboten statt marktbasierter Instrumente. Letztere sind aber gerade im Bereich der global verschmutzenden Treibhausgasemissionen einzig sinnvoll. Dort, wo marktbasierete Instrumente zum Einsatz kommen, etwa im EU-Emissionsrechtehandel, werden sie halbherzig umgesetzt. Pro Tonne CO₂ muss derzeit am Zertifikatemarkt ein Betrag von 12 € bezahlt werden, das ist ungefähr ¼ der in verschiedenen Studien berechneten sozialen Grenzkosten dieser Emissionsmenge.

Diese unzureichende Umsetzung ist nicht zufällig, sondern zu erwarten. Eine Begründung dafür liefert der Public Choice Ansatz. Auch wenn umweltpolitische Ziele mittlerweile in den Präferenzen der Bevölkerung einen hohen Stellenwert haben, gibt es verschiedene Hindernisse, die ihrer praktischen Umsetzung im Wege stehen. Erstens zählen aus Sicht der Wähler bei Wahlentscheidungen vor allem harte Themen mit kurzfristig gut beobachtbaren und zurechenbaren Ergebnissen – Arbeitslosigkeit, Einkommensentwicklung, Steuern, Abgaben. Wem soll man den

Klimawandel zurechnen? Parteien haben zur gleichen Zeit wenig Anreiz, sich Umweltzielen zu verpflichten. Umweltschutzmaßnahmen verursachen in der Gegenwart hohe Kosten, die Erträge fallen aber erst in ferner Zukunft an. Dazu darf die Macht des Industrielobbying auf politische Entscheidungsprozesse und öffentliche Meinungsbildung nicht vernachlässigt werden. Hinzu kommt schließlich noch, dass die Umweltbürokratie Anreize hat, nicht auf marktbasierter sondern auf von ihr kontrollierte Maßnahmen zu setzen.

Für eine unabhängige, von der Parteienkonkurrenz abgekoppelte und auf klar definierte Ziele verpflichtete Institution würden all diese Defizite nicht gelten.

Gegen meinen Vorschlag lässt sich – und die meisten von ihnen werden das im Kopf haben – das Argument anführen, dass auf diese Weise bei Tradeoffentscheidungen Wirtschaftsinteressen möglicherweise zu wenig berücksichtigt werden und ein Standortnachteil im internationalen Wettbewerb droht.

Natürlich müsste eine solche Agentur wenigstens auf europäischer Ebene verankert werden, genau wie dies beim Emissionsrechtehandel bereits der Fall ist. Soweit dies möglich ist – und der EU-Emissionsrechtehandel zeigt, dass es im Prinzip möglich-, ist eine solche Lösung nicht wettbewerbsfeindlich, sondern führt im Gegenteil zu einer Vervollkommnung des Marktes.

Denn es soll gerade nicht darum gehen, Menschen durch eine bewusste Wachstumsbegrenzung zu ihrem Glück zu zwingen. Vielmehr wird hier der neoklassischen, liberalen Argumentation gefolgt, wonach wohlhabendere Gesellschaften einen hohen Wert auf Umweltqualität, Naturkapital und die Verhütung ökologischer Katastrophen legen. Sie wollen daher Wachstum und Umweltschädigung entkoppeln. Da diese Entkopplung durch Markt- und Staatsversagen nicht von allein eintritt, wird sie durch eine unabhängige Institution *ermöglicht*, nicht *erzwungen*.

5. Kann somit in der Zusammenfassung eine bewusste Begrenzung des Wachstums sinnvoll sein? Als Selbstzweck: nein. Innerhalb der von mir genannten Kriterien: ja. Mit einer kurzfristigen Selbstbindung der Gesellschaft – man könnte auch sagen: Mäßigung – könnten die langfristigen Grenzen des menschlichen Fortschritts hinausgeschoben werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!